

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Verleger und Einzelneigentümer: Geschäftsz. 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beratungen über Locarno.

Reichskabinett — Rheinlandvertreter — Landesminister — Auswärtiger Ausschuss.

Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammengetreten, um den Bericht der deutschen Abordnung in Locarno entgegenzunehmen und zu beraten. Die Sitzung dauert zur Stunde noch an.

Morgen vormittag wird die Reichsregierung die Vertreter der politischen Parteien, der Unternehmer- und der Arbeiterverbände des Rheinlandes über die Verhandlungen in Locarno informieren.

Für Mittwoch sind die Ministerpräsidenten der Länder zur Information über Locarno durch den Reichskanzler nach Berlin gebeten.

Am Donnerstag tritt der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen.

Gepfanter Unterzeichnungstermin: Anfang Dezember.

London, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Außenministerium ist von Locarno aus unterrichtet worden, daß die offizielle Unterzeichnung des Sicherheitspaktes in London zu Beginn des Monats Dezember stattfinden werde. Man ist hier der Ansicht, daß sich die alliierten und der deutsche Außenminister selbst nach London begeben werden, um in feierlicher Sitzung die endgültige Unterzeichnung des Friedenswertes von Locarno vorzunehmen.

Erste Milderung des Rheinlandregimes.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Artikel 1 der Verordnung Nr. 297 über bedingte Verurteilung durch eine Bestimmung erlegt, wonach bei Verurteilung zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre Aufschub der Vollziehung der ganzen Gefängnisstrafe oder eines Teiles derselben angeordnet werden kann.

Heimkehr der deutschen Abordnung.

Der britische Botschafter begrüßt sie auf dem Bahnhof.

Die deutsche Delegation ist am gestrigen Sonntag nachmittag im Sonderzug von Locarno um 1,20 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen. Die Ankunft war streng geheim gehalten, der Bahnhof abgsperrt. Als Vertreter der Reichsregierung hatte sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eingefunden, für das preussische Staatsministerium Staatssekretär Dr. Weismann. Ferner waren neben Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei zum Empfang erschienen die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Englands, die Gesandten Belgiens und der Tschechoslowakei und ein Vertreter des päpstlichen Nuntius.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister wurden von den diplomatischen Vertretern herzlich begrüßt und der englische Botschafter

Lord d'Abernon hielt folgende Ansprache:

Ich bin ausdrücklich von Herrn Chamberlain beauftragt, Sie zum Erfolg der Konferenz in Locarno zu beglückwünschen und zum Ausdruck zu bringen, daß Herr Chamberlain immer mit Freude an das erstmalige Zusammentreffen in Locarno und an den Geist der Aufrichtigkeit und Offenheit zurückdenkt, den die deutschen Delegierten den Erörterungen aufgeprägt haben. Der deutschen Regierung wird immer die Ehre bleiben, die Initiative ergriffen zu haben, welche zum Vertrag von Locarno geführt hat. — Lord d'Abernon fügte hinzu, daß der englische Außenminister überzeugt sei, die in Locarno getroffenen Abmachungen würden ein Wendepunkt der europäischen Geschichte werden. Er gab der Zuversicht Ausdruck, daß die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen der britischen und der deutschen Delegation entstanden sind, sichere Anzeichen neuer Beziehungen zwischen den beiden Völkern sein mögen.

Luther und Stresemann sprachen ihren Dank für die freundlichen Worte der Begrüßung aus und versicherten, daß auch die deutsche Reichsregierung dieselben Hoffnungen für das Vertragswerk von Locarno hege.

Nachmittags erschien der amerikanische Botschafter beim Reichsaußenminister, um persönlich seinen Glückwunsch zum Ergebnis der Konferenz auszusprechen.

Nachmittags 5 Uhr berichtete der Reichskanzler dem Reichspräsidenten von Hindenburg über Locarno. Reichskanzler und Reichsaußenminister berichteten ausführlich in dem heute vormittag 11 Uhr begonnenen Kabinettsrat.

Der Reichskanzler hat beim Verlassen der Schweiz an den Bundespräsidenten Dr. Muff ein Danktelegramm für die Vereinerung, Beherbergung und Begrüßung der Konferenz gerichtet.

Den guten Leuten ist nicht wohl. Sie sollen „Opportunismus“ machen, und dürfen zugleich keinen „Opportunismus“ machen. Wie sie das machen sollen, wissen sie selber nicht. Da sind sie auf den schlauren Gedanken gekommen: wir machen nur, was von Moskau befohlen wird. Alles, was Moskau tut, ist richtig. Wir haben keine Verantwortung, man kann uns nicht anklagen und verurteilen wie Ruth Fischer und Maslow, kurzum: es kann uns ja nichts geschehen! Das ist eine schlaue Rechnung, aber eine zu schlaue Rechnung. Vor jeder parlamentarischen Entscheidung, vor jeder praktischen politischen Stellungnahme werden diese guten Leute also in Moskau, bei der Exekutive und der russischen Kommunistischen Partei anfragen. Dengel und Thälmann schwören: wir werden sein wie die Kindlein am Gängelband!

Ihre Rechnung hat aber ein Loch. Wenn der KPD unter so glorreicher Führung die Geschäfte schief geht, wird die russische Exekutive in Moskau keineswegs die gegängelten Kindlein erlösen und großmütig die Verantwortung übernehmen, sondern wird die Dengel und Thälmann in Anklagezustand versetzen, weil sie so strohbum waren, gegebene Befehle nicht einmal zu verstehen.

Beschlußunfähigkeit des Landtages.

Die Sozialdemokraten für die Pensionäre.

In seiner heutigen (Schwach) besetzten Sitzung begann der Landtag die Beratung der kleineren Etats. Den Bericht des Ausschusses für den Haushalt der Porzellanmanufaktur gab Genosse Osteroth (Soz.), der dem Bunsche Ausdruck verlieh, daß die parteipolitischen Bestrebungen in diesem Betrieb nimmermehr erledigt sein sollten. Genosse Meyer-Rheins schloß sich diesem Bunsche an und trat für die Besserstellung der Pensionäre ein. Die Porzellanmanufaktur müßte dazu übergehen, auch für die minderbemittelten Kreise zu produzieren. Vielleicht wäre das auf Grund eines besonderen Verschrens möglich.

Bei den Abstimmungen war ein Ergebnis zweifelhaft. Es mußte ein Hammelsprung vorgenommen werden, wobei sich die Beschlußunfähigkeit des Ausschusses herausstellte. Präsident Bartels beräumte eine neue Sitzung auf sofort an.

Genosse Ramjan Macdonald ist in Budapest eingetroffen und wurde auf dem Bahnhof von dem britischen Gesandten und den Führer der ungarischen Sozialdemokraten begrüßt. Er gedenkt zwei Tage in Budapest zu bleiben.

Im Rischnewer W.-Anprozess ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Der lezt, ein rumänischer Lehrer, schrie den richtenden Offizieren ins Gesicht, wie gräßlich ihre Kameraden und die Genarinen ihn und so viele andere mißhandelt haben. Ein Befehl der Kriegsministeriums bestimmt, daß täglich 50 Zeugen vernommen werden müssen; also gibt es kein Fragerecht der Angeklagten und ihrer Verteidiger!

Kampf um die Selbstverwaltung.

Die Bedeutung der Berliner Wahlen.

In den Finanzverhältnissen der Gemeinden gehen in diesen Wochen und Monaten, von der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, entscheidende Veränderungen vor sich. Die vorübergehende Geldflüssigkeit, die im Etatsjahr 1924 für einzelne Großstädte bezeichnend war, hat nach außen hin den Anschein erweckt, als ob die Gemeinden im Gelde schwimmen, und als ob sie ihre Ausgabenwirtschaft nicht in genügendem Maße der allgemeinen Notlage anpaßten. Dabei hat man vollständig vergessen, daß die Geldflüssigkeit der Gemeinden eine durchaus relative war. Sie war groß im Verhältnis zu dem katastrophalen Tiefstand der gesamten öffentlichen Wirtschaft beim Ausgang der Inflation, und sie wurde auch nur möglich, weil sowohl die sachlichen wie namentlich auch die persönlichen Ausgaben auf ein unerträgliches Minimum heruntergeschraubt waren. Ein großer Teil der Ueberschüsse dieser Städte, namentlich im ersten Halbjahr 1924, ist buchstäblich auf Kosten der städtischen Arbeiter und Angestellten entstanden, die genau wie die übrige Arbeiterschaft unmittelbar nach der Inflation eine menschenunwürdige Entlohnung erhielt, und die erst langsam das Niveau ihrer Lebenshaltung auch nur einigermaßen ausgleichen konnten, ohne daß jemand behaupten wird, die Verhältnisse dieser Arbeitnehmer seien bereits heute irgendwie zufriedenstellend. Auf dem Gebiete der sachlichen Ausgaben waren die notwendigsten Dinge in der Inflationszeit so sehr abgedrosselt, daß natürlich der Gegenlag bei der Wiedergelendung der städtischen Wirtschaft in die Augen springen mußte.

Heute weiß jeder, der in der praktischen Gemeindegearbeit steht, daß die ersten günstigen Zeiten vorbei sind und daß sie in dieser Form vorläufig nicht wiederkehren werden. Die Kassen aller Gemeinden sind augenblicklich auf äußerster angespannt. Die Folgen des Finanzausgleichs, der starken Steuerermäßigungen der letzten Monate machen sich bemerkbar und bereits herrscht in vielen Städten eine Art Panikstimmung. Die Fülle der Ausgaben ist nach den langen mageren Jahren so groß geworden, daß die Selbstverwaltungen oft gar nicht wissen, wo sie anfangen sollen, um auch nur das Notdürftigste zu leisten. Die Städte sind in der modernen Entwicklung in so starkem Maße durch ihre kommunalwirtschaftlichen Einrichtungen, durch ihre Betriebe und Unternehmungen entscheidende Antriebsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden, daß ein Stöcken im Ausbau der Kommunalwirtschaft auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verhängnisvoll werden müßte. Wenn z. B. in einer Stadt wie Berlin der Konsum an elektrischem Strom von einem Jahr zum andern sich um 50 Proz. steigert, so müssen einfach die Anlagen geschaffen werden, die zur Erzeugung dieser Energie notwendig sind, wenn nicht die gesamte industrielle Entwicklung aufs Schwerste gefährdet werden soll. Hier handelt es sich nicht um Fragen, bei denen man nach seinem Belieben so oder so entscheiden kann, hier handelt es sich um zwingende Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft.

Um so verhängnisvoller ist es, daß die öffentliche Meinung fast ausschließlich von den Auffassungen der maßgebenden privatwirtschaftlichen Industrieverbände und ihrer Syndici beherrscht wird. Bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich hat man es erleben müssen, daß die Rechtsparteien, die sich früher gegenüber der Erzbergerischen Steuerreform mit Vorliebe als die Verteidiger der guten alten Selbstverwaltung hinstellten, mit fanatischem Eifer gegen die Wirtschaft der Gemeinden ankämpften. Die Rechtsparteien waren es, die beim Finanzausgleich Bestimmungen über die Kontrolle der Gemeindefinanzen durchsetzten, die in der praktischen Ausführung durch die Verwaltungsbureauftraite des Reichs und der Länder zu einer vollständigen Erdrösselung der Selbstverwaltung führen müßten. Der Reichsverband der Industrie geht planmäßig daran, durch seine Syndici und Beauftragten, durch die Industrie- und Handelskammern gegenüber der Arbeit der gewählten Gemeindevertretungen eine Art industrielle Nebenregierung zu errichten. Die Etats der Gemeinden werden von den Bureaus der Großunternehmer aus mit einer oft geradezu erstaunlichen naiven Unkenntnis über die Frage der kommunalen Verwaltung auf jede einzelne Ausgabe hin kontrolliert und unter die Lupe genommen. Jede Vorlage an eine Stadtverordnetenversammlung, die mit Ausgaben verbunden ist, wird in der von der Schwerindustrie beherrschten Presse — und das ist die große Mehrzahl — gewöhnlich zu einer ebenso unsachlichen wie heftigen Kampagne gegen die Verschwendungssucht der Städte ausgenutzt.

Die Stadt Berlin, über deren kommende Entwicklung bei den Wahlen am nächsten Sonntag entschieden werden soll, steht unter dem besonderen Druck dieser von den Rechtsparteien inszenierten Heke. Im preussischen Staatsrat war es der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Steiniger, der den Mut hatte, allen Ernstes zu behaupten, die Stadt Berlin sei durchaus in der Lage, eine 100prozentige Aufwertung zu gewährleisten (!), sie treibe eine unverantwortliche Ausgabenwirtschaft (!) und sie müsse finanziell aufs schärfste kontrolliert werden. Im Preussischen Landtag hat erst dieser Tage der volksparteiliche Abgeordnete von Cyprien in der schärfsten Weise gegen Berlin Stellung genommen. Von der Volkspartei und auch von den Deutschnationalen gingen die größten Schwierigkeiten bei der Beratung über die Aufnahme von Auslandsanleihen zum Ausbau der Berliner Werke

Wie einen Hund erschlagen!

Bölkische Parole gegen Stresemann.

Der „Bölkische Beobachter“, die Münchener Tageszeitung Adolf Hitlers, veröffentlicht unter der Ueberschrift „Kampf dem Stresemann!“ einen Leitartikel, in dem die Parteigänger der Bölkischen im ganzen deutschen Sprachgebiet zum „erbittertesten Kampf gegen die Auslieferung unserer Nation“, d. h. gegen den Vertrag von Locarno, aufgefordert werden. In welcher Weise dieser Kampf geführt werden soll, darüber läßt der „Bölkische Beobachter“ keinen Zweifel. Denn er erklärt:

Damit ist alles Maß überlaufen. Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas Uebliches unterschrieben hätte, wäre nach seiner Rückkunft in Paris wie ein Hund erschlagen worden.

Die furchtbaren Erfahrungen, die in Deutschland gemacht wurden, gestatten es nicht, derartige Äußerungen einfach als Entgleisungen eines hemmungslosen Temperaments beiseite zu legen. Man weiß, wie diese nationalistischen Mordbuben mit deutschen Außenministern zu verfahren pflegen, die sich weigern, nach ihren unsinnigen Rezepten Politik zu machen. Offener kann man gar nicht zum Mord auffordern, als es hier durch das Münchener Nationalistenorgan geschieht.

Was werden die Deutschnationalen tun, um den Außenminister ihrer Regierung vor den Plänen nationalistischer Mordbuben zu schützen?

Es kann uns nichts geschehen!

Der Trost der neuen kommunistischen Führer.

Der kommunistische Bezirk Halle hat sich nach einem Referat des Zentralkomitees Dengel und einem Korreferat des Ultraslinken Scholem hinter den Brief des russischen Exekutivkomitees in Moskau gestellt.

Der Kommunist Dengel gehört zu den Leuten vom „Neuen Kurs“. Was Bestes Kinder diese Leute von der neuesten Führerergänzung der KPD. sind, geht aus folgenden Sätzen seines Referats hervor:

„Wenn wir z. B. verlangen werden, daß auch die Einheitsfronttaktik in den Gemeindeparlamenten richtig und konsequent durchgeführt werden muß, werden wir einen Haufen von opportunistischen Schwelmeren erleben. Noch etwas anderes ist vorhanden. Es ist die Gefahr vorhanden, daß eine wenig gefestigte Führung der Partei nicht versteht, die Grenze der Einheitsfronttaktik richtig einzusehen, sondern über diese Grenze hinausmarschieren in den Opportunismus. Diese große Gefahr ist vorhanden, und ein nicht gefestigtes JA. kann ihr unterliegen. Für den Augenblick besteht diese Gefahr nicht. Sie besteht deshalb nicht, weil die jetzige Führung der Partei gegen diese Gefahr insofern gewarnt ist, als diese Führung entschlossen ist, in allen Fragen der Praxis in enger Zusammenarbeit mit der Komintern, mit der Exekutive und den russischen Genossen zu stehen.“

aus. An allen Ecken und Enden versucht man die Befehlsgebung des Reiches und der Länder gegen Berlin wie gegen die übrigen Städte mobil zu machen.

Man darf den Einfluss dieser Hege unter keinen Umständen unterschätzen. Bekannt sind die Aeußerungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der angeblich sich kategorisch geweigert haben soll, überhaupt noch eine weitere Anleihe irgend einer deutschen Großstadt zu genehmigen und der die finanziellen Bedürfnisse der modernen Kommunalwirtschaft lediglich unter dem Gesichtspunkt eines Privatbankiers ansieht. Diese Kreise, die Schwerindustrie, die Banken, die großen Unternehmerverbände glauben dem auf ihnen lastenden Druck am bequemsten dadurch ausweichen zu können, daß sie den Gemeinden das Leben finanziell so schwer wie möglich machen. Aus diesem Grunde unterstützen sie jede bei der zentralen Bureaucratie vorhandene Tendenz zum Abbau und zur Einschränkung der Selbstverwaltung.

Die Wurzeln dieser rückwärtigen Tendenzen liegen in dem steigendem Einfluss der Arbeiterschaft auf die Kommunalverwaltungen, in der Beseitigung des Haus- und Grundbesitzerprivilegs und der damit zusammenhängenden Zurückdrängung des Einflusses der Deutschnationalen und der Volkspartei in den Industriegemeinden. Den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft versucht man durch gesteigerten Druck auf die Gemeinden auszugleichen oder unmöglich zu machen.

Ganz unabhängig von dem besonderen Interesse, das die minderbemittelten Schichten an einem Ausbau der Gemeindefinanzverwaltung haben, ist diese Haltung der Unternehmerorganisationen so kurzfristig wie nur möglich. Sie vergessen dabei vollständig, daß die öffentliche Wirtschaft heute nicht nur ein sehr beachtlicher Teil der Gesamtwirtschaft ist, sondern daß ohne ihren Ausbau und ihre sorgfältige Pflege auch die Privatwirtschaft nicht gedeihen kann. Wie verbohrt war z. B. der Widerstand, den in Berlin die Rechtsparteien gegen den Ausbau des Berliner Messer- und Schneidereiwesens, gegen den Bau des Hauses der Funkindustrie usw. bis zum letzten Augenblick geleistet haben. Wie kindlich ist die These, daß die Unterhaltung der städtischen Oper eine Verschwendung sei. Umgekehrt, die Berliner Wirtschaft ist durch diese Einrichtungen in außerordentlichem Maße befruchtet worden, und wenn Berlins Ansehen im Inland und im Ausland im Steigen begriffen ist, so auch deswegen, weil jeder objektive Beobachter der Berliner Entwicklung die Rückkehr der städtischen Verwaltung auf den mannigfachen Gebieten anerkennen muß.

Zu Beginn des Wahlkampfes drohte die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ in einem sehr lehrreichen Artikel ganz offen mit verstärktem Eingreifen des Staates in Berliner Verhältnisse, wenn etwa die Linke ans Ruder kommen sollte. Allerdings werden hier wie auf allen anderen Gebieten die Tatsachen stärker sein als die der Bequemlichkeit entspringenden Rückschrittsgelüste der zurzeit in Deutschland maßgebenden Faktoren. Aber aus dem Kampf der Industrie gegen die Gemeinden droht der Selbstverwaltung, die das sicherste Fundament jeder Demokratie bleiben muß und immer sein wird, eine Gefahr, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Gegen diese Gefahr gilt es schon bei den jetzigen Wahlen alle Kräfte zu mobilisieren. Berlin ist kein Krähwinkel und darf kein Krähwinkel werden. Die Entwicklung seiner Wirtschaft, das Blühen seiner Industrie, die Möglichkeit ausreichender Beschäftigung für seine Viermillionenbevölkerung hängt sehr wesentlich davon ab, ob die Berliner Verwaltung sich auf Parteien stützen kann, die weitestgehend und opferwillig genug sind, trotz aller Schwierigkeiten an dem Ausbau unserer Wirtschaftsunternehmungen, unserer Verkehrsverhältnisse, unseres Wohnungswesens zu arbeiten. Die Rechtsparteien haben sich stets nur als Bremskräfte am Wagen der Berliner Wirtschaft gefühlt, weil sie wie hypnotisiert auf die nur in ihrer Einbildung bestehende Gefahr einer angeblichen sozialistischen Mißwirtschaft starren. Deswegen haben sie Groß-Berlin bekämpft, deswegen wollten

sie die städtischen Werte dem Privatkapital in die Hände spielen und deswegen bekämpfen sie jeden weiteren Schritt, den die Stadt nicht aus Uebermut und nicht aus Verschwendungssucht, sondern unter dem Druck der Erfordernisse der Entwicklung tun muß. Die Rechtsparteien sind die wahren Feinde der Selbstverwaltung im Innern Berlins und in allen entscheidenden Stellen des Reichs und des Landes. Der Haß gegen die Arbeiterschaft, die kindliche Angst vor dem Aufsteigen einer sozialistischen Entwicklung macht sie blind und kurzfristig. In ihren eigenen Reihen rufen sie dadurch ununterbrochen erbitterte Fraktionenkämpfe hervor, bei denen ihre mit Scheuklappen versehenen Führer den Männern der praktischen Mitarbeit in ihren eigenen Reihen ständig hemmend im Wege stehen. Die Zukunft Berlins kann sich nur auf die Sozialdemokratie stützen, die beides, Opferwilligkeit und Einsicht in die Notwendigkeiten der Entwicklung mit einander verbindet. Der Kampf um Berlin ist ein Stück des Kampfes um die Selbstverwaltung aller Gemeinden und Städte, der in den nächsten Monaten und Jahren noch viel schärfere Formen annehmen wird. Auch in diesem Kampfe gilt es, die Stellung der Sozialdemokratie zu stärken, die als Partei der Millionenmassen das stärkste Bollwerk demokratischer Selbstverwaltung darstellt.

Der Reichskriegertag.

Schwarzweißrote Demonstrationen schießen auf die Bevölkerung.

Leipzig, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamten Kriegervereine Deutschlands hielten am Sonntag in Anwesenheit des früheren Kronprinzen von Bayern und unter Leitung des Vorsitzenden des Reichshäuserbundes Generaloberst von Heering in Leipzig ihren „ersten deutschen Reichskriegertag“ ab, der ein großer monarchistischer Rummel wurde. Eine unerhörte Beschimpfung der Republik erlaubte sich der eigentliche Festredner Generalmajor Kaden, der die alten Soldaten anrief, mit ihren Fingernägeln den Dreck wegzukratzen, den die Republik über die deutsche Heimat erdebreitet habe.

Im Laufe der Veranstaltung kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen dem Frontbann und Kommunisten, wobei von Seiten der Rechtsradikalen mehrere Schüsse fielen. Die Polizei verhinderte größeres Unglück, und nahm ungefähr 300 Mann fest. Der amtliche Polizeibericht stellt fest, daß die Kommunisten ohne Waffen waren, während bei den Angehörigen der Rechtsorganisationen alle möglichen Waffen beschlagnahmt wurden.

Nicht schwerverletzte Arbeiter wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Leipzig, 19. Oktober. (M.T.B.) Der amtliche Polizeibericht sagt: Der Festzug des Reichskriegertages nahm unter starker Anteilnahme der Bevölkerung einen ungesübten Verlauf. Im übrigen haben sich während des Reichskriegertages einige unbedeutende Ereignisse abgespielt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden an zwei Stellen der Stadt Schwarzweißrote Fahnen abgerissen. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag fand in der Eisenbahn- und Kirchstraße ein Zusammenstoß statt zwischen Kommunisten und Angehörigen von Rechtsorganisationen, wobei auf beiden Seiten leichte Verletzungen vorgekommen sind. 14 Beteiligte wurden der Wache zugeführt und nach Boffen durchsucht. Hierbei wurden bei den Angehörigen der Rechtsorganisationen 3 Spaten, ein Gummischlauch, zwei feststehende Messer und eine Scheintopfpistole gefunden und beschlagnahmt. Die zugeführten Kommunisten waren nicht im Besitz von Waffen.

Weiter sind in den frühen Morgenstunden des 18. Oktober Anrennpfeifen in der Berliner und Dresdener Straße vorgekommen. Auch in diesen Fällen sind mehrere Personen leicht verletzt worden.

Am Café Feisch wurden in der vierten Morgenstunde

des 18. Oktobers die Demonstrationen im Brand gesteckt. Vorübergehend gelang es, den Brand im Entstehen zu ersticken. In der Nähe der Brandstelle wurden 39 scharfe Infanteriepatronen gefunden. Zwei der Tat Verdächtige wurden der Wache zugeführt.

Im Rahmen des ersten deutschen Reichskriegertages veranstalteten Sonntag nachmittag Angehörige nationaler Bünde einen Werbezug durch den zumeist von Arbeiterfamilien bewohnten Stadtteil Sülz, wobei es zu Zusammenstößen mit roten Frontkämpfern kam, die kurz vorher dort eine Protestversammlung gegen den Reichskriegerbund abgehalten hatten. Auf Seiten der Hakenkreuzler fielen mehrere Schüsse. Durch das Eingreifen des Ueberfallkommandos wurden weitere Tätlichkeiten verhindert. Bei einer durch die Polizei vorgenommenen körperlichen Durchsuchung der ungefähr 300 Mann zählenden Hakenkreuzler wurden zahlreiche Gummischläger, Schanzzeug und eine Pistole beschlagnahmt und mehrere Rassenfeststellungen vorgenommen. Der Werbezug wurde unter polizeilicher Begleitung aus dem Stadtteil geführt. Die roten Frontkämpfer haben 6 bis 8 zum Teil erheblich Verletzte zu verzeichnen, von denen einige ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Bei den schwereren Verletzungen handelt es sich zumeist um Schläge mit dem blanten Spaten.

Der Skandal von Leipzig reiht sich dem Skandal der Einweihung des Rachedenkmals in Berlin würdig an. Reichspräsident Hindenburg und Reichsinnenminister Schiele haben einer Versammlung Begrüßungstelegramme geschickt, die eine einzige Demonstration für Schwarzweißrot gegen die Republik war.

Die Generäle, die diese Demonstration birgerten, haben wieder einmal die Republik beschimpft, die ihnen Pensionen zahlt. Der Herr General Kaden, der sich berufen fühlt, den Dreck der Republik abzuwaschen, nimmt nichtsdestoweniger ihr Geld.

Die Demonstrationen von Leipzig sind aber auch dazu übergegangen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Der Polizeibericht läßt deutlich genug erkennen, daß ihr Auftreten eine einzige freche Provokation gewesen ist. An vielen Stellen sind bewaffnete Schwarzweißrote über unbewaffnete Einwohner hergefallen. Es ist der Geist des Terrors und des Bürgerkrieges, der in den Schwarzweißroten Provokationen spukt!

Die Rede des Generals Kaden, die eine freche Beschimpfung der Republik enthält, wird hoffentlich den Reichsanwalt interessieren.

Der Reichspräsident ist Ehrenpräsident des Reichshäuser-Bundes, der die Demonstration von Leipzig arrangiert hat. Verträgt sich diese Ehrenpräsidentenschaft mit der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten?

Die Hamburger Unentwegten.

Deutschnationale Entschliebung gegen Locarno.

Die Parteileitung des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei gibt folgende Stellungnahme des Landesverbandes bekannt:

Die Vertreter des Landesverbandes Hamburg haben bei der Berliner Tagung des Hauptparteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden einen Antrag eingebracht, der die Beschuldigung der Außenministerkonferenz in Locarno abhängig machte von der vorherigen Erfüllung oder Garantierung der bekannten Forderungen. Die Hamburger Vertreter haben dann folgerichtig auch gegen den von der großen Mehrheit gefassten Beschluß gestimmt, der zur Beschuldigung der Außenministerbesprechung unter den bekannten deutschnationalen Bedingungen geführt hat. Demgemäß legt der Landesverband Hamburg auch dem „Wert von Locarno“ ein entschiedenes Nein entgegen, weil er durch den Ausgang der Besprechung in Locarno die deutsche Ehre und Würde nicht genügend gemahrt sieht und die vom nationalen Standpunkt aus unannehmbar freiwillige Preisgabe deutschen Landes und deutschen Volkes als unannehmbar Folge von Locarno voraussetzt. Der Landesverband beabsichtigt, eine außerordentliche Landesparteiung einzuberufen.

Für die Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion liegt dieser Beschluß natürlich nichts.

Der 1000 jährige Meyerbeer.

Nur Kopisten können glauben, es müsse in einem Opernhaus immer Neues gemacht werden. Wenn die Produktion so stoch wie heutzutage, dann ist es durchaus am Platze, die alten Meister, denen unsere Vorfahren huldigten, wieder aufleben zu lassen. Es gehört dazu eben nur, daß im alten Körper noch auffrischendes Leben ist, daß Sänger sich der Rollen annehmen und daß ein Publikum mitleidet. Was also Meyerbeer betrifft, so wurde gestern in der Staatsoper mit der „Arländerin“ das Galvanisierungs-Experiment gemacht. Ohne Erfolg, wie man konstatieren muß. Die Besetzungsschwierigkeiten waren zwar überwunden, aber auch beste Kräfte konnten über die Kinocomanie dieser endlosen fünf Akte, über das Banale des Gesamtkunstwerks, über das auf Effekt zugeschnittene, aber gar nicht mehr effektvolle Orchester, über die Beziehungslosigkeit und den Mischmasch von Stilen hinwegbringen. Die Stimmung blieb aus, und man vergrößerte die Müdigkeit durch Riesenpausen. Das Allzuwürdige — hier ward's Ereignis. Zugegeben, daß in der Romaze des Vasco, in der Ballade des Relusco, in der Liebeszene zwischen Selica und Vasco, im Zürtieren von Sturm und Wellen, daß auch im Tanz des vierten Aktes die Hand eines genialen Musikanten zu spüren ist. Aber was bedeutet das gegen ein paar Stunden breitgesponnener Richtigkeit, gegen ein halb Duzend chorischer Gleichförmigkeiten, gegen eine blasse Rezitationskunst und eine Menge Füllsel, unisono schmachtend-sentimentale und lärmhaft äußerliche Gefänge.

Rein, dieser Meyerbeer wäre heute tot, auch wenn nicht Wagner sein Verdikt über ihn gesprochen hätte. Wer ein Ohr für Geschichte hat, der spürt allerdings noch den Einfluß Meyerbeers auf Wagner, Verdi. Aber damit scheint beinahe die Bedeutung Meyerbeers erschöpft oder sie wäre es, wenn nicht ein „Hugenotten“-Akt und der „Prophet“ noch immer an die dramatische Kraft des einstigen preußischen Opernkönigs glauben ließen. Der Text von Scriba, oftmals reduziert, vermorscht, zusammengestrichen (man lese Kopps vorzügliche Choreographie!) häuft die abenteuerlichen Geschichten, ohne Zeit zu behalten, Psychologie zu treiben, Menschen lebendig und interessant zu machen. Die Instrumententechnik, die Zuzallsregie, die Papierwahrheit regiert, und man kann mit dieser Willkürlichkeit ebensowenig mitgehen wie mit dem überhöht großartigen Gewebe des einmal erfindungsreichen, ein andermal so qualvoll geistlich-wahnsinnigen Komponisten. Wenn also schon Meyerbeer, dann der „Prophet“, und wenn ein Prophet, dann — Richard Wagner, der das Ende des 1000 Jahre alten Meyerbeer prophezeit hat.

bleibt die Aufführung, für die sich Regenerowich mit bewundernswertem Fleiß einsetzte. Man wünschte diesem geschmackvollen Künstler, daß auch er einmal einen Monat an jedem Ort studieren dürfte. Nicht seine Schuld, wenn die Zeit über diese Partitur, über dieses verlebte Prunkstück mit Amüsement und Ausstattung

hinwegschreitet. An der Spitze der singenden Darsteller stand Schnorr, ein eindringlicher Relusco, neben ihm die jarte Jurjewskaja und die nicht ganz disziplinierte, dennoch packende Kemp, die sich mit Lußmann zusammen für den Akt Kraft und Stimme spare. Die Aufführung fungierte als Festvorstellung anlässlich der Grundsteinlegung des Deutschen Sportforums. Aus dem Geist des Sports heraus war Regenerowich sehr geschickt über eintige verderbliche 2-capella-Kalamitäten hinweggeturnt.

Der Film als Entdecker.

Die ungeheure Bedeutung des Films, die Dinge objektiv und getreu wiederzugeben, wird lange nicht genug ausgenutzt und gewürdigt. Der Film ist der hervorragendste Reporter der Welt- und Naturgeschichte. Welch ungeahnte Einblicke in fremde Welten er uns gewähren kann, zeigte der Film „Umwelt im Urwald“, der im Mozartsaal läuft. Unter der Leitung des Herrn K. v. Dungen, der von einigen Naturwissenschaftlern begleitet war, wurde eine Expedition in die Regionen des Amazonasstromes unternommen. In den Ufern dieses größten Flusses der Erde dehnen sich unüberdringliche Urwälder. Wenn man sie nach Norden durchschreitet, kommt man in die Campos, unermeßliche Ebenen, die der Viehzucht dienen. Hier jagt alles nach tausenden und zehntausenden. Man hat den Eindruck der unbegrenzten Fülle an Ochsen und Pferden. Aber die Expedition begnügt sich nicht damit, die Reiter- und Vorkämpfer der Viehhirten vorzuführen, sie will uns das seltsame Tierleben in Wald und Feld erschließen. Und so belauschen wir denn einzuckende Bilder. Der Kolibri, ein fingergroßes Kerlchen, baut zwischen zwei schwankenden Halmen sein Nest und füttert die Jungen. Die „Gottesanbeterin“, eine wahrhafte Feindmaschine, verzehrt einen Schmetterling. Und dann schauen wir einem Faultier zu, wie es mit größter Behäbigkeit, aber auch Gewandtheit mit allen Werten den Baum hinaufklettert. Plötzlich gibt es eine große Ueberraschung: in den Flüssen tummeln sich in dichtem Schwarme handgroße Fische mit einem furchtbaren Raubgebiß, die Piranhas. Ein paar Zentner schweres Schwein haben sie in 6 Minuten völlig kassiert! Interessanter noch sind die Blattschneider-Ameisen, die eine höhere Stufe der Tierwelt durch die Arbeitsteilung und Staatenbildung repräsentieren. Nicht neben diesem friedlichen Arbeitervolk hausen zu hunderten, ja zu tausenden, in den Sümpfen die Krokodile, faul und schlüfrig. Erst die Jagd mit Lasso, Keule und Büchse bringt Leben in sie. Man jagt sie ihres Fleisches wegen. In zwei Tagen waren 2000 zur Straße gebracht. Aber sie sind in solchen Mengen da, daß man den Abgang gewiß gar nicht gemerkt hat.

Durch „das Land Abdei Krims und durch die Wüste Sahara“ führt ein Film, der in der Uraia vorgeführt wurde. Dr. v. Lehel wies in dem Begleitvortrag auf die große Bedeutung des Hinterlandes für die Bildung des großen nordafrikanischen französischen Kolonialreiches hin. Der Film selbst hatte sein Schwergewicht weniger in der Schilderung des Rifgebietes als in der Bergaufschauung einer Reise durch die Wüste nach Timbuktu, das seine märchenhafte Existenz vor uns entfaltete. Daran schloß sich eine abenteuerliche Fahrt auf dem Niger bis an die Küste. Der Film vermittelt nicht bloß interessante Landschafts- und Kulturbilder, sondern eröffnete auch Einblicke in große weltpolitische Zusammenhänge. D.

Ein Lustspiel mit Moral. Das Lustspiel der Herren Gerold und Spitzherr „Wenn ich wollte“ enthält einen ersten Kern, sozusagen eine Moral, was dem aufmerksamen Zuschauer trotz des sonst durchaus aufgefrachten Tones im Dialog alsbald aufsteht. Die sehr verheiratete und glückliche Frau Germaine behauptet, sie könne Männer genau so verrückt machen wie ihre Freundin Marcelle, wenn, ja wenn sie nur wollte. (Daher der Titel des Stückes.) Als Marcelle das in seinen Zweifel zieht, möchte Germaine durchaus den Grad ihrer Gefährlichkeit festgestellt wissen. Da sie, wie man sich denken kann, von dem erstaunten Gatten keine befriedigende Antwort bekommt, versucht sie ihre Verführungskünste bei anderen Männern mit dem Erfolg, daß die Autoren Gelegenheit bekommen, volle drei Akte auszufüllen. Die Lösung des entstandenen dramatischen Konfliktes ist von derartiger Harmlosigkeit und Platitude, daß ich mich geniere, ihn zu beschreiben. Ich nehme mir nur die Mühe, die Ansicht zu vertreten, daß Lustspiele vergnüglicher sind, aus denen man keine Lehre fürs Leben zu ziehen hat. Das eine Gute hat aber das Stück, daß es im „Theater am Rursfürstendamm“ Max Adalbert und Valerie von Mariens vergnügt, ihre amüsante Darstellungs-kunst glänzen zu lassen. Adalbert, der seine Worte wieder so überhäuft dahinhinwinkt und die Betonung auf Sätze legt, wo sie kein Mensch erwartet, der plötzlich ganz absurde Einfälle bekommt und so viel Extempores macht, daß seine Kollegen auf der Bühne vor Lachen stecken bleiben, entschädigt mit seiner trockenen Komik reichlich für die Langweiligkeit des Lustspiels. Und die Mariens spricht vor lauter Lebendigkeit und ist das zierlichste Burgersweibchen (Marcelle), das man sich denken kann. Hubert v. Meyerinck erweist von neuem seine Begabung in der erzentischen Verleumdung dümmlicher Typen. Wertwürdigerweise entduschte Käthe Dorisch. Sie war weniger ein glückseliges, gelangweiltes Fräulein mit plöhlischem Abenteuerlust, als ein verzogenes Kind mit kindlichen Wäuren, zu denen die gewollt aufgetragene feistliche Zartheit nicht paßt.

Johann Strauß und die Wiener Arbeiter. Sonnabend und Sonntag wurden in den ständigen Wiener Arbeiter-Symphoniekonzerten (der Kunststelle der Sozialdemokratischen Partei) zum Teil selten zu hörende Werke Johann Strauß' geboten. Darunter die Scherz-polka für Orchester und Chor „Signorinenseufer“, die der Meister 1848 nach der Austreibung dieser Wöndle komponiert hatte. Die „Arbeiter-Zeitung“ reproduzierte das Liebeslied von Johann Strauß' „Revolutionsmarsch“ für Pianoforte, auch von 1848. Man sieht daraus Barrikadenkämpfer und die Fahne Schwarz-Rot-Gold!

Handschuh-Hochschule. Diplom-Ingenieur Leo Nachlich hält Mittwochs 8 Uhr im Haldrealgymnasium, Altonastraße 84, einen Vortragsabend über „Architektur und Kunstgewerbe“, speziell über Stadthäuser, Landhäuser, Theater, Kinos.

Dudwig Barming stellt bei Bernhard Seide, Herengartenstraße 8, seine neuesten Arbeiten, Blumen- und Gartenbilder und Landschaften aus der Schweiz aus.

Ein Strauß-Gedenkstiel. Die Reise der öffentlichen Veranstaltungen aus Anlaß der Feier des 100-jährigen Geburtstages von Johann Strauß wurde in Wien durch die Entschliebung einer Gedenkstiel an seinem Geburtstagsort in der Verghenfelderstraße eingeleitet.

Gegen die Boden- und Wohnungspolitik.

Massenprotest im Zirkus Busch.

Eine über 5000 Besucher zählende Protestkundgebung fand Sonntag vormittag im Zirkus Busch statt. Achtzehn Verbände, darunter der Bund deutscher Bodenreformer, der Allgemeine Bauern-Bund, fast sämtliche Angestelltenverbände, Mieter-, Kleingärtner- und Siedlungsverbände, hatten sich gegen die unzulängliche Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik von Reich, Ländern und Gemeinden versammelt.

Als erster sprach Gen. Viktor Rood. Er führte aus, der Staat und auch die Gemeinden hätten bis jetzt so gut wie nichts für den Wohnungsbau getan. In Berlin gibt es ungefähr zweihunderttausend Menschen, die nach den statistischen Aufstellungen mindestens zu vier in einem Raum schlafen. Die Raumnot zwingt die Menschen dazu, daß Kinder und Erwachsene in einem Bett schlafen müssen, was mit den schlimmsten Folgen in gesundheitlicher und moralischer Beziehung verknüpft ist. In das Virchow-Krankenhaus wurden 1924 allein 250 geschlechtskranke Kinder eingeliefert, die sich von den Erwachsenen angesteckt hatten. Die Mietkassernen sind die Brutstätten der Geschlechtskrankheiten und der Sittlichkeitsverbrechen. Und nichts wird getan, um diesem Uebel abzuhelfen. Aus Angst vor einer eventuellen Senkung der Wohnungspreise möchte man am liebsten das Wohnungswesen übersehen, und die Regierung läßt lieber die Siegesallee ausbessern, als daß sie Wohnungen baut.

Nach Rood sprach der bekannte Bodenreformer Dr. Adolf Damajchke. Er knüpfte an den Vortrag Roods an, indem er die Gründe für das augenblickliche Wohnungswesen entwickelte, die nicht allein im Kriege zu suchen sind. Deutschland hat immer an der Boden- und Wohnungsfrage geknagert. Die Reformpläne des Freiherrn v. Stein hatten eine Aufstellung des Bodens vorgesehen, aber nach dem Sturz Napoleons wurden die Versprechungen vergessen, ein Erlass vom 29. Mai 1816 hob die Zulagen auf. Nichts hat man in dieser Zeit in Deutschland getan, um den Boden zu parcellieren, im Gegenteil, bis 1870 wurden 1 Million Hektar in den östlichen Provinzen Preußens dem Großgrundbesitz eingefügt. Die Folge davon war die Auswanderung nach Amerika und der Zug zur Stadt. In den Städten Mietkassernen und auf dem Lande, besonders in Mecklenburg und Pommern, ungeheure Bänderelien, die eine kleinere Bevölkerungsdichte aufweisen, als entvölkerte sibirische Landstriche, weil sie in den Händen des Großgrundbesitzes sind. Und diese Kulturschande dauert bereits über hundert Jahre. Die neue Verfassung sieht im § 155 das Anrecht eines jeden auf den Boden vor, aber noch niemals hat eine Regierung sich auf die Erfüllung dieses Paragraphen besonnen. Der ausgearbeitete Entwurf einer großangelegten Parcellierung liegt vor, aber die Regierung tut nichts, ihn Wirklichkeit werden zu lassen. Danach sollte die Gemeinde das notwendige Land schaffen, indem sie das Vorkaufsrecht erhält. Aber außerhalb dieses Entwurfes sind Millionen Deutsche dem Drang zur Scholle als Kleinfiedler und Kleingärtner gefolgt. In Berlin allein gibt es 170 000 Familien, die einen Kleingarten besitzen, 6250 Hektar märkischen Sandbodens sind durch sie kultiviert worden. Jeder weisliche Staatsmann müßte gerade von hier den Ausgangspunkt zu Reformbestrebungen nehmen.

Wege zu einer rationalen Bauwirtschaft wies dann Dr. Martin Wagner in seinem Referat. Zuerst verlas er einen Brief, den

Hindenburg 1916 an Dr. Damajchke geschickt hatte, in dem es heißt, daß jeder deutsche Frontkämpfer Anspruch auf eigenen Boden hätte. Auch dieses ist vergessen worden, wie so vieles andere. Die Regierung Luther hat die Reichswohnungspolitik begraben, und der Ertrag der Mietssteuer wird hauptsächlich für die Beamtengehälter verbraucht; eine Regierung, die letzten Endes mit der Großindustrie verschwägert ist, kann kaum anders handeln, denn die Großindustrie spricht direkt von dem Umsatz des Bauens. Und wenn selbst eine Regierung geneigt sein würde, Reichswohnungspolitik zu betreiben, so würde sie doch vielleicht an der Geldfrage scheitern. Das Geld wäre aber zu beschaffen. Versicherungsgesellschaften, Sparkassen, Hypothekenbanken und ähnliche Institute müßten das Geld zum Bau von Volkswohnungen vorstrecken. Vor allem sei aber eine Verbilligung der Baustoffe notwendig. Die Betriebe müßten sich mehr amerikanisieren, es geht nicht an, daß bei geringem Umsatz mit hohem Nutzen gearbeitet würde, das Ungewinnliche sei das richtige Prinzip. Es geht nicht weiter so, daß der Plan zu einem Haus durch 26 Kometer wandern muß; es fehlt eine straffe Organisation im Wohnungsbau. Berlin braucht einen Baudirektor, der auch tatsächlich organisieren kann und der über die nötige Initiative verfügt, sich energisch für den Bau von Wohnhäusern einzusetzen. Augenblicklich hat Berlin 250 000 Wohnungslöcher und baut höchstens im Jahr 8000 Wohnungen, eine Zahl, die verschwindend gering ist. Wichtig bleibt es, daß eine Rangordnung im Bauen geschaffen wird. Das Wichtigste sind heute Wohnhäuser und nicht Rathäuser und Residenzpaläste, hier muß Wandel geschaffen werden.

Als letzter sprach Stadtrat Trefferl. Er beleuchtete die Bestrebungen der Regierung, das Mieterchutzgesetz aufzuheben oder derart einzuschränken, daß diese Einschränkung einer Aufhebung gleichkommt. Auch in der Wohnungsfrage könnte die Zwangswirtschaft aufgehoben werden, wenn genügend Wohnungen zur Verfügung ständen, heute ist dieser Vorgang unmöglich und würde bestimmt eine Revolution herbeiführen.

Die Ausführungen der vier Referenten wurden mit starkem, lange währendem Beifall aufgenommen. Der Vortag ist überaus worden, schließlich reißt auch die Geduld des ruhigsten Volkes. Die gestrige große Kundgebung zeigt, daß das Volk es über hat, sich dauernd mit Versprechungen abblättern zu lassen. Die Versammlung nahm am Schluß einstimmig eine Resolution an, die darauf ging, die Erträge der Mietssteuer seien nur für den Wohnungsbau zu verwenden, das Mieterchutzgesetz dürfe unter keinen Umständen Einschränkungen erfahren und die verantwortlichen Stellen hätten die Pflicht, endlich einmal ernstlich mit dem Wohnungsbau zu beginnen.

Da die Bodenreformer keine eigene Liste zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt haben, wandten sie sich an die einzelnen Parteien um Auskunft, wie diese zu den bodenreformatorischen Bestrebungen ständen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist diese Frage nur von der Sozialdemokratie bejahend und zustimmend beantwortet worden. Die bürgerlichen Parteien haben bis jetzt geschwiegen.

lassen die Schulverhältnisse sehr zu wünschen übrig, und wenn es nach den Sachhabern in rechtsorientierten Gemeinden ginge, hätten wir wohl bald wieder Ansoffhabeten, weil ein durchgebildetes Volk ihnen doch recht un bequem wird. In Malchow sprach Genosse Palensky und forderte besonders auch Besserung der Straßen und Anschließung an das Verkehrsnetz. Auge und Herz erfreuend Darbietungen, Musikvortrüge und Deklamationen aus der Jugendgruppe machten die Kundgebung zu einer schönen, von sozialdemokratischem Geiste erfüllten Feier.

Moderne Wegelagerer.

Als Bettler und „Kriminalbeamter“.

Die Kriminalpolizei verhaftete zwei Verbrecher, die mit ungewöhnlicher Frechheit mitten im belebtesten Berlin harmlose Fußgänger ausgeplündert hatten.

Vor kurzem wartete in den Abendstunden ein junger Mann an der Rauerstraße auf seine Braut. Dabei wurde er von einem Bettler angesprochen, der ihm ein Geldstück, damit er für die Nacht ein Obdach finden könne. Wählich mischte sich ein angeblicher Kriminalbeamter in das Gespräch und erklärte, daß er beauftragt sei, gegen das sittenwidrige Treiben in den Bedürfnisanstalten einzuschreiten. Er gab dem Bettler, der ihm ins Wort fiel, ein paar Ohrfeigen und forderte dann den Kaufmann auf, sich auszuweisen. Er erklärte die Ausweispapiere für ungenügend und durchsuchte dessen Taschen, nahm ihm einen goldenen Ring, sein Geld samt Bleistift und auch den Mantel ab. Diesen gab er zurück. Unterdessen kam die Braut hinzu, die der angebliche Beamte barsch anfuhr und ebenfalls aufforderte, zur Wache mit zu kommen. Nach einigen Schritten aber erklärte er, daß er von einer Meldung Abstand nehmen werde, wenn ihm eine Bürgschaft von 50 M. außer den bereits abgenommenen Wertgegenständen gegeben werde. Er gab darüber eine Quittung, die er mit dem Namen „Spinbar“ unterzeichnete und notierte sich die Adresse des Kaufmanns. Wenige Tage darauf erschien der Bettler bei dem Kaufmann und verlangte für die Rückgabe der Wertgegenstände 500 M., sonst müßte doch noch Anzeige wegen der angeblichen Verhaftungen in der Bedürfnisanstalt erstattet werden. Der Kaufmann hatte jedoch inzwischen Anzeige erstattet und es gelang der Kriminalpolizei, die beiden Burschen, einen 20 Jahre alten Otto Heinecke und den 24jährigen Wilhelm Franke aus der Rauerstraße festzunehmen. Es stellte sich nun heraus, daß die beiden in zahlreichen anderen Fällen ähnlich vorgegangen waren und daß sie Schutzpöbels heranzüchten, wenn die „non ihnen Verhafteten“ sich weigerten, ihnen zu folgen, und sie beschuldigten, von ihnen befehligt worden zu sein. Der angebliche Kriminalbeamte ging dann sogar auf die Wache mit und ließ die Leute feststellen. Er wies sich dabei selbst mit den Papieren eines jungen Mannes namens Spinbar aus, die er gestohlen hatte. Leute, die mit diesen Burschen ähnliche Erfahrungen gemacht haben, ohne bisher Anzeige zu erstatten, werden ermutigt, sich bei Kriminalkommissar Strewe im Polizeipräsidium zu melden.

Brandstiftung als Großbetrieb.

Zahlreiche Verhaftungen in Böhmen.

In dem tschechischen Bezirke Königstadt in Böhmen, einer durchaus agrarischen Gegend mit wohlhabender Bevölkerung, wüteten seit Januar dieses Jahres im Bezirke zweiundsechzig Brände. Die Gesellschaften zahlten mehrere Millionen Kronen an Versicherungssummen aus. Die Vermutung, daß die gleichartigen Brände auf Brandstiftung zurückzuführen sind, hat sich bestätigt. Zwanzig Personen wurden bisher in dieser Angelegenheit verhaftet und mehrere hundert neue Verhaftungen stehen bevor. Es hatte sich eine regelrechte Brandstifterbande gebildet, die Prämien bezog. Je nach der Größe des Objekts und des zu erwarrenden Gewinnes aus der Versicherungssumme wurden den Brandlegern 1500 bis 6000 Kronen (750 Rnt.) Prämien geholt.

Die Flaschenpost vom Meeresgrund.

Hamburg, 18. Oktober. (W.Z.) Die Flaschenpost, die der Taucher Hornstorf bei dem Rundunterwasserexperiment des Hamburger Rundfunkens vor Holgoland auf dem Meeresboden der Stromung übergab, ist nach fünfjähriger Wanderung durchs Meer aus Ufer geworfen worden. Der glückliche Finder der Flaschenpost (sie enthält eine Anweisung der Rorog auf 100 M.) ist der Arbeiter Otto Postel, der sie am Berenischen Strande bei Cuxhaven am 14. Oktober 1925 vormittags fand.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis, Kreuzberg: Heute Montag, abends 7 Uhr, 41. und 42. Mt. Sozialklub im Rüdigerpark. — Mittwoch, den 21. Oktober abends 7 Uhr, 44., 45., 46. und 47. Mt. Sozialklub Rantowstraße 94.
18. Kreis, Prenzlauer Berg: Heute Montag, abends 6 1/2 Uhr, Fraktionsführung mit den Bürgerparteilisten im Rathaus, Zimmer 17.
46. Mt. Die heute Montag abend stattfindende Sitzung der Junggenossen, Ordnung, Wohlfühler findet nicht bei Eichhof, sondern um 8 Uhr im Restaurant Krog, Gleditscher Str. 22 statt.
88. Mt. Tempelhofer. Der Frauenabend findet nicht heute Montag, sondern am Mittwoch, den 21. Oktober an der angegebenen Stelle statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Polizei Berlin. Kusmeis Nr. 406, auf den Kammern Herrmann Gräfenitz laudend. In weiteren angeben; ebenso Kundgebung Nr. 192. Fieber werden geben, gegen Zuckerkatzen des Jahres, im Alerger, Schwabholzer Str. 20, zu übermitteln. Wildkraut nicht Straßenschildern nach 14.
Berliner Esperanto-Vereinigung. Dienstag, den 20. d. Mt., abends 8 Uhr, abends 8 Uhr, Vorkammer Platz; Vortrag des Herrn Lehner u. Waldemir (in Esperanto) über „Grado al Ideo“. — Eintritt frei. Gütliche Begrüßung willkommen.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 18. Oktober.

1. Rennen. 1. Stall Hermanns Lutz quon (H. Jermex), 2. Sonntagsspring, 3. Silento. Toto: 34 : 10. Platz: 297, 75, 119 : 10. Ferner liefen: Baron Schilvester, Freglich, Gildburg, Franke, Osting, Valentin, Conz hagen, Dalka Eorlich, Draga Baalich, Kerrigan jr., Dismar, Lanemier, Adressier, Baron Cadler, Wintermärchen, Dina Ballis, Dittie B., Grita, Edeltraud.
2. Rennen. 1. G. Neis' Altmorl (Hedert), 2. Königshaber, 3. Matallis. Toto: 99 : 10. Platz: 22, 27, 34 : 10. Ferner liefen: Kallblügel, I. Burmide, Reister B., The Riin, Brodhäuser, Viktor, Cocoma Die Rinne, Ullar.
3. Rennen. 1. H. Volkes Pelwin (G. Treuberg), 2. Kopete, 3. Frida Ragowan. Toto: 50 : 10. Platz: 16, 18, 15 : 10. Ferner liefen: Graudus, Laterna, Ellen, Kohlenkönig.
4. Rennen. 1. Gest. Höffelns Florian (Hm. Schulten), 2. Überglauke, 3. Halbe Korbes. Toto: 31 : 10. Platz: 14, 15, 16 : 10. Ferner liefen: Nischelangelo, Erbmann, Feld, Stella Hart.
5. Rennen. 1. Stall Riederers Torero (D. Kleinow), 2. Interessent, 3. Quera. Toto: 246 : 10. Platz: 70, 117, 47 : 10. Ferner liefen: Driphonar, Bellebell, Ronelle I., Diagonale, Alpenher, Lump, Stapellauf, Vontreine, Heberole D., Neffies jr., Flora Bingen, Tell, Eghil.
6. Rennen. 1. Gest. Landwirtsch. Bundbruder (H. Wils), 2. Eddie, 3. Margot I. Toto: 22 : 10. Platz: 21, 43, 40 : 10. Ferner liefen: Willgold, Trautteur, Carlota, Korrel, Gassenmölle, Feuerweh, Clematis Mau, Edith Eorlich, Progreß.
7. Rennen. 1. Goldschmidts Piamella (H. Wils), 2. Penklinge, 3. Tante. Toto: 55 : 10. Platz: 20, 24, 16 : 10. Ferner liefen: Heidefrau, Ocean Ost, Burggritter, Erdensjäger, Ralisch, Ruckhadel, Notula, Rietterros, Ellenkönig, Venus, Siegfried, Friedrich Reg, Kapitan Galle, Calme, Parilla D.
8. Rennen. 1. Wils Langemann (Bel.), 2. Weinmings, 3. Senz I. Toto: 60 : 10. Platz: 23, 24, 76 : 10. Ferner liefen: Glablatz I., Narwalle, Lumbi, Delos, Dreile Kussil, Heibese, Wils I., Uebel, Carlota, Rikus, Heidemann, Hirt, Ludmil I., Rieger I., Simpler, Vella, Schmit.
9. Rennen. 1. B. Adamkewitz' Alene (Jung jr.), 2. Freidelt, 3. Raimond. Toto: 49 : 10. Platz: 15, 16, 16 : 10. Ferner liefen: Palma, Ravanna, Fildivis, Eichen, Precocious Ballis, Getman.

„Friedensarbeit des Roten Kreuzes.“

In Parade vor einem Reichwehrgeneral.

Nach Schluß des Krieges hat das Rote Kreuz, wie damals bekannt gegeben wurde, sich ganz auf Friedensarbeit umgestellt. Daß auch die erste Hilfe bei Wasserunfällen zu den vom Roten Kreuz in Friedenszeiten zu erfüllenden Aufgaben gehörte, unterliegt keinem Zweifel. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn die Samaritermannschaften des Roten Kreuzes eine Übung im Transport von Verwundeten ausführen, wie es an einem der letzten Sonntage im Grunewald geschah. Aufsehen hat es aber mit Recht erregt, daß bei dieser Übung auch von der Reichswehr eine Gruppe höherer Offiziere anwesend war und daß nach Schluß der Übung die Samaritermannschaften des Roten Kreuzes samt den Mitgliedern eines Kriegervereins in Parade vor einem Reichwehrgeneral vorbeimarschierten. Die Schilderung, die man uns von diesem an der Sprungschanze bei „Onkels Toms Hütte“ veranstalteten Schauspiel gibt, läßt uns glauben, daß der Anblick auf die meisten zusehenden Zivilisten weniger erhebdend als erheiternd gewirkt hat. Den stärksten Heiterkeitserfolg hatte der Führer des Kriegervereins, ein Herr, der zu seiner Zivilkleidung einen richtigen Offiziersjacket trug und mit ihm vor dem Reichwehrgeneral würdevoll salutierte. Der General, der diese schnurrige Parade abnahm, schnitt ein Gesicht, wie wenn er selber die Empfindung hätte, daß die ganze Gesellschaft sich — und ihn dazu — lächerlich machte. Die Parade schien nicht aus dem Steigrell veranfaßt, sondern mit Sorgfalt vorbereitet worden zu sein. Nicht weniger als fünf Musikkorps waren zur Stelle, und es verstand sich von selber, daß der Parademarsch sich unter den Klängen des „Friederichs Reg.“ vollzog. Sonderbar ist, daß auch eine Abteilung des „Jungds“ sich an der Parade beteiligte und in formlich militärem Stolz an dem Herrn Reichwehrgeneral vorbeimarschierte. Bemerklich waren die Jungen eigens zu dem Zweck kleidungslos worden, den „Blanz“ der Parade zu erhöhen. Auf die Parade folgte eine Ansprache des Generals, anscheinend eine Kritik nach militärischer Art. Hat der Herr Reichwehrgeneral das Rote Kreuz zu dieser gelungenen „Friedensarbeit“ beglückwünscht?

Die rasenden Bädermeister.

Das war allerdings eine puyige „Kundgebung“. Die Berliner Bädermeister hatten sich gestern vormittag in den Germania-Anstalten versammelt, um „gegen die Uebergriffe der Polizei“ zu protestieren. Nachdem aufs heftigste geschimpft und wieder geschimpft worden war, ohne daß von irgend einer Seite positive Materialien zur Entlastung der Polizeidirektion vorgebracht wurden, ergriff Obermeister Grüber das Wort, um in maßloser Weise gegen die Kriminalpolizei vom Ueber zu ziehen. Er gebrauchte die heftigsten Ausdrücke, sprach davon, daß die Polizeistatute „dem Fraß den Boden ausschläge“ und wandte sich dann gegen die anwesenden Pressevertreter, die er in gassenubenhafter Manier ansprach. Die Pressevertreter zogen aus dem Verhalten dieses Herrn die einzig mögliche Konsequenz und ließen die tobende Versammlung unter sich. Trotz aller Entkräftungsphrasen war bis dahin das sachliche Thema in keinem Punkte berührt worden, ein Beweis dafür, daß die Sache der Bäder auf recht schwachen Füßen steht. Es soll später den Versammelten noch eine flammende Protestresolution vorgelesen haben, die gegen alles polizeiliche Vorgehen „Bewahrung“ einlegt.

Wenn die Bädermeister ihren Kredit in der Öffentlichkeit weiterhin in diesem Tempo untergraben, so kann es einem um sie tatsächlich leid tun. Als interessanter Parallele zu der Berliner Bäderoffäre sei festgestellt, daß Kassel mit einem Bierpudbroi zum Preise von 55 Pf. den niedrigsten Brotpreis von allen deutschen Städten hat. Im übrigen ist es besonders lässlich, wenn die Bäder als mit Recht schwer Beschuldigte noch die Angreifer markieren wollen. Ihre Pflicht wäre es gestern gewesen, sich sachlich ausführlich zu rechtfertigen.

Grundsteinlegung des Sportforums.

Nicht neben dem Stadion im Grunewald ist ein gewaltiger Sportplatz im Entstehen begriffen. Beide Flächen sind bereits urbar gemacht worden. Am gestrigen Sonntag fand nun die Grundsteinlegung des Sportforums im Beisein des Reichspräsidenten, staatlicher und städtischer

Behörden, Vertreter des Handels und der Industrie sowie Abordnungen von Sportverbänden statt. Große massive Gebäude, so u. a. eine Schwimmhalle, eine Sport- und Turnhalle, An- und Auskleideräume sollen hier entstehen, die in ihrem Ausmaß als richtige Sportstadt dem Namen Sportforum durchaus gerecht werden. Die Festrede wurde von dem Vorsitzenden des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen Bernald gehalten, der darauf hinwies, daß zur Erhaltung der Jugend und zur körperlichen Erziehung Leibesübungen und Turnen in weit größerem Maße wie bisher betrieben werden müßten. Dann richtete Innenminister Schiele im Namen der Reichsregierung einige Worte an die Festteilnehmer. Die Grundsteinlegung selbst wurde mit drei Hammerschlägen des Reichspräsidenten eingeleitet. Es folgten u. a.

Frauenkundgebungen

heute, Montag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Tiergarten: Artushof, Berleberger Straße 26.
Rednerin: Landtagsabg. Frau Dr. H. Wegscheider-Ziegler.
Wedding: Turnhalle Putbusser Straße und Schulaula, Schulstraße 99.
Redner: Stadtverordnete Minna Lodenhagen und Dr. Justus Moses, M. d. R.
Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappelallee 15.
Rednerin: Reichstagsabg. Frau Clara Bohm-Schuch.
Wilmerdorf-Grunewald: Realgymnasium, Grunewald, Caspar-Theyß-Straße.
Rednerin: Frau Adele Schreiber.
Anschließend musikalische Darbietungen und Rezitationen.

Feuerwehr-Wählerversammlung

heute, Montag, 19. Oktober und Dienstag, 20. Oktober, abends 7 Uhr,
in der Schulaula Schule Kopenplatz. Tagesordnung: Feuerwehr und Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter W. Reimann, Mitglied der Feuerlöschdeputation.

Ministerpräsident Genosse Otto Braun, Oberbürgermeister Böß und andere. Nach Beendigung der Feier fanden im Stadion noch sportliche und turnerische Vorführungen statt.

Unsere Wahlkundgebungen.

Einen gut wirkenden Werbezug für die Stadtverordnetenwahlen veranstalteten am gestrigen Sonntag einige Abteilungen unserer Partei in Charlottenburg. Eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Goslarer Platz, in der Genosse Horlich sprach und der Männerchor „Harmonie“ einige Lieder vortrug, leitete die Kundgebung ein. Unter Vorantritt eines Tambourkorps formierte sich dann ein Werbezug, der allgemeines Aufsehen erregte. Ein großes Schild, das die Aufschrift trug: „Wir wählen nie Sozialdemokraten“ wurde von einigen Vertretern des Tierreiches getragen, die nicht gerade im Geruch besonderer Intelligenz stehen. Nach einer Kindergruppe und der sozialistischen Arbeiterjugend kamen dann die Werbeplakate für unsere Partei. Eine große Anzahl Freunde und Anhänger der Sozialdemokratie hatten sich dem Zuge angeschlossen; viele Fahnen und Abteilungsbanner, darunter auch eine Fahne der Abteilung Charlottenburg des Bauwerksbundes, wurden mitgeführt. Der Zug bewegte sich durch die Kaiserin-Augusta-Allee, die nördlichen Arbeiterbezirke Charlottenburgs, über den Lützow- und den Wilhelmplatz wieder zurück zum Goslarer Platz, wo er sich mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auflöste. Die Wirkung des Umzuges war ganz außergewöhnlich gut.

Auch in den kleineren Gemeinden wird eifrig zur Wahl gerüstet. Gemeindevorstellungen, die mehr um ihren Geldbeutel, als um das Wohl der Gemeinde besorgt sind, tun nichts, um den ihnen anvertrauten die Vorteile der Einheitsgemeinde zuzumuten zu lassen. Off

